

IGI Rißtal: Bürger fordern Antworten

Im Warthäuser Gemeinderat kritisieren Zuhörer die Informationspolitik der Verwaltung



IGI Rißtal: Bürger fordern Antworten
Birgit van Laak

Rund 40 Zuhörer haben am Montag die Gemeinderatssitzung in Warthausen verfolgt. In der Bürgerfragestunde forderten sie von der Verwaltung Informationen zum geplanten interkommunalen Industriegebiet Rißtal (IGI Rißtal), insbesondere zum Verkauf des Rappenhofs an die Firma Handtmann. Das 15 Hektar große Grundstück bildet sozusagen den Kernbereich des IGI Rißtal. Das Biberacher Unternehmen will dort ein Metallgusswerk ansiedeln.

Der Rappenhofverkauf: Die Firma Handtmann hat bereits vor drei Jahren die Grundstücke des Rappenhofs erworben. In der Sitzung hakten Zuhörer aus den Reihen der Bürgerinitiative „Schutzgemeinschaft Risstal“ (BI Risstal) nach. Im Mittelpunkt ihrer Fragen stand die nichtöffentliche Gemeinderatssitzung vom 22. September 2014. Damals sei es um einen „städtebaulichen Vertrag zur Entwicklung des IGI“ gegangen, sagte Bürgermeister Wolfgang Jautz.

In diesem städtebaulichen Vertrag wird laut Jautz auch der Grundstücksverkauf des Rappenhofs aufgeführt. Desweiteren geht es um Vereinbarungen zwischen der Gemeinde und Handtmann. Warthausen übernimmt demnach den Altlastenbereich, denn auf dem Gelände befinden sich Abfall-Auffüllgruben. „Darüber hinaus wurde vereinbart, dass die Gemeinde die Fläche von Handtmann zurückkauft, wenn die Firma sich nicht ansiedelt, weil das IGI Rißtal nicht zustande kommt“, bestätigte Jautz auf Nachfrage von Franz Lenk. Die Kritik, die Gemeinde habe für diesen Fall der Fälle bisher keine Rückstellungen angelegt, wies Jautz zurück. „Die Gemeindehaushaltsordnung sieht vor, dass wir die Mittel erst einstellen, wenn

ein Anlass gegeben ist. Wenn wir übersehen können, dass das Ganze nicht realisiert wird, dann machen wir Rückstellungen.“

Auch beim **Agrarstrukturverbesserungsgesetz** hakten die Zuhörer nach. Das Gesetz verlangt beim Verkauf landwirtschaftlicher Flächen eine Genehmigung der Landwirtschaftsbehörde. In dem Verfahren sei, so der Vorwurf aus den Reihen der Zuhörer, der Bauernverband nicht wie erforderlich angehört worden. Jautz betonte, dass für die Angelegenheit nicht die Gemeinde, sondern das Landwirtschaftsamt zuständig sei. Der Formfehler, dass der Bauernverband nicht gehört wurde, könne aber nach seinem Kenntnisstand geheilt werden, sagte Jautz der SZ.

Die Informationspolitik: Alfred Schlanser kritisierte die Informationspolitik der Gemeinde. Über die nichtöffentliche Sitzung vom 22. September sei erst im Dezember im Mitteilungsblatt berichtet worden. Und dann auch nur mit dem Hinweis auf einen städtebaulichen Vertrag zur Entwicklung des IGI, über den Rappenhofverkauf sei nichts zu lesen gewesen. „Es wäre manches einfacher, würden wir zügig informiert“, sagte Schlanser. Eine so späte Veröffentlichung verstoße nach seiner Ansicht gegen die Gemeindeordnung. Er forderte zudem, dass nichtöffentliche Beschlüsse nicht nur als kurze Zusammenfassung bekannt gemacht werden. Jautz erläuterte daraufhin die Abläufe. Nach der Sitzung wird das Protokoll erstellt, das die Gemeinderäte unterzeichnen müssen, erst danach wird der Kurzbericht veröffentlicht. „Zwei Monate sind da normal“, so Jautz. Weiter erklärte er auf Nachfrage, dass die Sitzung aus datenschutzrechtlichen Gründen nichtöffentlich gewesen sei, da es um entsprechende Verträge ging.

Flächenverbrauch und Belastungen: Das Rappenhofareal entspricht 1,73 Prozent der Gemarkung Warthausens, diese Zahl griff eine Zuhörerin auf. Sie forderte Vergleichsdaten zum Flächenverbrauch heute und vor 25 Jahren in Warthausen und vergleichbaren Gemeinden. Sie ging außerdem auf die Frage ein, inwieweit Warthausen vom Wirtschaftsmotor Biberach profitiert. Es herrsche Vollbeschäftigung, aber nicht jeder arbeite bei den großen Biberacher Firmen, sagte sie. „Wir haben einen Siedlungsdruck und einen entsprechenden Bodenpreis.“ Der Normalbürger könne sich Baugrund nicht mehr leisten, sagte sie. Eine andere Zuhörerin wehrte sich gegen das Argument, Biberach habe mit der Maschinenfabrik von Handtmann auch Industrie vor der Tür. „Wir nehmen die Maschinenfabrik gerne und Biberach nimmt dafür das Metallgusswerk. Der Vergleich ist eine Farce“, sagte sie.

Fast eine dreiviertel Stunde dauerte die Fragerunde. Dann befasste sich das Gremium mit dem Einwohnerantrag zu IGI.